
Rechenschaftsbericht

**des Verwaltungsgerichts
und der unteren Instanzen
der externen Verwaltungsrechtspflege
des Kantons Thurgau**

über das Jahr 2019

Inhaltsverzeichnis

A. Verwaltungsgericht.....	4
1. Allgemeines und Verwaltungsgeschäfte	4
2. Gerichtstätigkeit.....	11
2.1. Verwaltungsgericht	11
2.2. Versicherungsgericht.....	14
2.3. Abschreibungen.....	16
2.4. Weiterzüge Entscheide Verwaltungsgericht.....	17
2.5. Weiterzüge Entscheide Versicherungsgericht.....	18
3. Aufsicht	19
4. Besetzung / Personelles.....	19
4.1. Besetzung des Gerichts (Stand 31. Dezember 2019)	19
4.2. Personelles.....	20
B. Untere externe Instanzen	21
1. Tätigkeit.....	21
1.1. Steuerrekurskommission	21
1.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung.....	25
1.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen	26
1.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen	28
1.5. Enteignungskommission	29
1.6. Personalrekurskommission.....	30
2. Besetzung (Stand 31. Dezember 2019).....	32
2.1. Steuerrekurskommission	32
2.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung.....	33
2.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen	33
2.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen	34
2.5. Enteignungskommission	35
2.6. Personalrekurskommission.....	36

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

In Nachachtung der Bestimmungen von § 37 Abs. 2 der Kantonsverfassung und § 34 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege erstatten wir Ihnen Bericht über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichts und der unteren Instanzen der externen Verwaltungsrechtspflege.

Form und Gliederung der einzelnen Tätigkeitsbereiche gestalten sich weitgehend gleich wie in den Vorjahren.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, um Genehmigung unseres Rechenschaftsberichts.

Weinfelden, 30. März 2020

Der Verwaltungsgerichtspräsident
Richard Weber

Der leitende Verwaltungsgerichtsschreiber
Jörg Zehnder

A. Verwaltungsgericht

1. Allgemeines und Verwaltungsgeschäfte

Die Geschäftslast im Jahr 2019 weist ein Total (Verwaltungsgericht und Versicherungsgericht) von 537 Neuzugängen auf. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (503 Neuzugänge) eine Zunahme. Dabei stiegen die Eingänge im Bereich des allgemeinen Verwaltungsrechts von 175 im Vorjahr auf 228 erheblich an, währenddem sie im Bereich des Versicherungsgerichts von 328 auf 309 zurückgingen.

Die Zahl der Erledigungen betrug im Berichtsjahr insgesamt 466 (Vorjahr 516) Fälle. 313 (Vorjahr 242) Fälle waren Ende Jahr noch pendent.

Das Gericht kam in 37 (Vorjahr 40) ordentlichen Sitzungen zur Beratung zusammen und führte 19 (Vorjahr 12) Augenscheine durch. Zudem fanden 6 (Vorjahr 11) mündliche Verhandlungen des Gerichts und 9 (Vorjahr 1) mündliche und 11 (Vorjahr 5) schriftliche ausländerrechtliche Haftüberprüfungen durch den Präsidenten bzw. Vizepräsidenten als Einzelrichter statt.

Das Gericht hat in 6 Plenarsitzungen über grundsätzliche Fragen, Stellungnahmen und Verwaltungsangelegenheiten beraten und entschieden.

Das Verwaltungsgericht hat diverse Vernehmlassungen und Mitberichte zu Gesetzesvorlagen und Verordnungsänderungen abgegeben:

1. Bei den Gesetzesentwürfen und dem Verordnungsentwurf im Zusammenhang mit der Überprüfung der Justizorganisation erschien dem Verwaltungsgericht der Hinweis wesentlich, dass der neu zu schaffenden Beschwerde gegen Entschiede des Zwangsmassnahmengerichts keine aufschiebende Wirkung zukommen soll und die Gerichtsferien nicht gelten sollen. Bei der vorgesehenen Ermächtigung des Grossen Rates zur Strafverfolgung der Staatsschreiberin/des Staatsschreibers wegen strafbarer Handlungen, die sich auf seine amtliche Tätigkeit beziehen, wurde darauf hingewiesen, dass nur bei Verfolgung eines Mitgliedes der obersten

Vollziehungs- und Gerichtsbehörden politische Überlegungen Berücksichtigung finden dürfen. Da die Staatsschreiberin/der Staatsschreiber nicht zu diesem Personenkreis gehören dürfte, würde ein solches Ermächtigungsverfahren nur zu einer Verfahrensverlängerung ohne erkennbare Vorteile auch für die Betroffene/den Betroffenen führen. In Zusammenhang mit der Überprüfung der Justizorganisation wird erstmals in der Botschaft des Regierungsrates vom 17. Dezember 2019 eine Neuregelung der Zuständigkeiten gemäss Art. 29 des Opferhilfegesetzes (OHG) vorgeschlagen. Damit würde das Verwaltungsgericht dann für sämtliche OHG Verfahren (einzige) gerichtliche Beschwerdeinstanz gemäss Art. 29 Abs. 3 OHG, was wohl zu zusätzlichen Verfahren bei unserem Gericht führen dürfte. Damit stellt sich die Frage, was diese neu vorgesehene Zuständigkeitsordnung überhaupt noch mit der Zivil- und Strafrechtspflege zu tun hat, da es um ein Verwaltungsverfahren auf Stufe des Departementes für Justiz und Sicherheit (DJS) und um ein Verwaltungsgerichtsverfahren auf Stufe Verwaltungsgericht geht und somit vollumfänglich das VRG (mit den zusätzlichen Spezialbestimmungen im OHG, z. B. Art. 30 OHG) zur Anwendung gelangt. Eine Regelung im ZRSG könnte demgegenüber zu Verwirrung führen, weil dann der Eindruck entstehen könnte, es würden die Bestimmungen der Zivil- und Strafrechtspflege gelten, was aber nicht zutreffend sein kann. Für die Regelung würde dabei wohl eine regierungsrätliche Verordnung (wie z. B. im Bereiche des Ausländer- und Integrationsgesetzes [AIG]) genügen, wo die Zuständigkeit des DJS als zuständige Behörde gemäss Art. 29 OHG festgelegt würde. Allenfalls könnte dort auch noch das Verwaltungsgericht als von der Verwaltung unabhängige Beschwerdeinstanz gemäss Art. 29 Abs. 3 OHG angegeben werden, aber dies resultiert schon aus der Bestimmung von § 54 VRG.

2. Im Rahmen des Mitberichtes aufgrund einer einfachen Anfrage eines Mitglieds des Grossen Rates zur Thematik, ob auf kantonaler Ebene für die Rechtsvertretung in Straf- und Sozialhilfeverfahren zur Kostenreduktion eine eigene Stiftung errichtet oder ein Leistungsauftrag mit einer gemeinnützigen Organisation abgeschlossen werden könnte, wurde vom Verwaltungsgericht unter Hinweis auf Art. 8 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz, BGFA, SR 935.61) vermerkt, dass Anwältinnen und Anwälte, die bei anerkannten gemeinnützigen Organisationen angestellt sind und die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, vor dem Verwaltungsgericht

auftreten können. Im Bereich der Sozialhilfverfahren würden bereits gemeinnützige Organisationen für die Vertretung von Personen in diesem Rechtsbereich existieren. Die Ausgaben für unentgeltliche Rechtsverteidigung in sozialhilferechtlichen Streitigkeiten vor Verwaltungsgericht seien als relativ tief zu bezeichnen. Daher sehe das Verwaltungsgericht keinen Bedarf, den Rechtsschutz diesbezüglich auszubauen bzw. eine entsprechende kantonale Organisation zu schaffen. Ohnehin könnten die Rechtsuchenden nicht verpflichtet werden, sich durch eine entsprechende Organisation vertreten zu lassen.

3. Bei der Änderung der Verordnung des Regierungsrates zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Freizügigkeitsabkommen wurde vorgeschlagen, dass inskünftig das Zwangsmassnahmengericht (ZMG) die Funktion der richterlichen Behörde gemäss Art. 73 bis 80a AIG wahrnimmt und gegen dessen Entscheide kantonal die Beschwerdemöglichkeit an das Verwaltungsgericht geschaffen wird. Diese neue Regelung habe den Vorteil, dass das ZMG über eine Pikettorganisation und über geeignete Räumlichkeiten in Frauenfeld, die näher zum Kantonalgefängnis und zum Flughafengefängnis in Zürich liegen, verfüge. Damit vereinfache sich der Transport der Häftlinge und ihr Entweichen werde erschwert. Auch entfalle bei mündlichen Verhandlungen in den Räumlichkeiten des Verwaltungsgerichts die damit verbundene erhebliche Störung des Gerichtsbetriebes.

Verschiedene Mitglieder und Mitarbeiter/-innen des Gerichts haben an 8 Weiterbildungsveranstaltungen sowie an der Tagung der schweizerischen Sozialversicherungsrichter teilgenommen. Im vergangenen Jahr zeichnete das Verwaltungsgericht turnusgemäss auch für die Organisation und Durchführung der jährlich in einem anderen Kanton stattfindenden schweizerischen Verwaltungsrichtertagung verantwortlich. An dieser Veranstaltung in der Pädagogischen Hochschule in Kreuzlingen, im Seemuseum in Kreuzlingen sowie im Schloss Arenenberg nahmen am 19. und 20. September 2019 bei prächtigem Herbstwetter der Bundesgerichtspräsident und Gerichtsmitglieder und Gerichtsmitarbeitende von nahezu allen Kantonen der Schweiz und des Bundesverwaltungsgerichts teil.

Am 27. Februar 2019 wählte Ihr Rat RA Dr. Madeleine Randacher, seit 2008 Gerichtsschreiberin beim Verwaltungsgericht, mit Amtsantritt 1. Juni 2019

als Nachfolgerin des auf 31. Mai 2019 zurückgetretenen Rolf Bartholdi zur neuen Verwaltungsrichterin. Rolf Bartholdi gehörte seit 1993 dem Gericht an. Aufgrund seiner früheren Tätigkeit beim Departement für Bau und Umwelt, als langjähriger Gemeindeammann der neu geschaffenen Politischen Gemeinde Bussnang und als früherer Ortsvorsteher der Ortsgemeinde Friltschen, als Mitglied des Kirchenrates der Evangelischen Landeskirche und seiner zahlreichen weiteren Aktivitäten war er über Jahrzehnte eine wichtige Stimme im Gericht. Dank seinen profunden Kenntnissen in landwirtschaftlichen Belangen, im Bereiche des Baurechts und in allen Belangen der kommunalen Selbstverwaltung konnte er in diesen Bereichen dem Gericht wesentliche Informationen geben. Als Nachfolgerin von RA Dr. Randacher als Gerichtsschreiberin konnte RA Katharina Meienberg, die schon als Gerichtspraktikantin beim Verwaltungsgericht tätig gewesen war, gewonnen werden. Für RA Olivia Flury, die im vergangenen Jahr ihre Tätigkeit als Gerichtsschreiberin beendete, wählte das Gericht die in Tägerwilen aufgewachsene RA Marina Schächtle. Sie war vorher im Rechtsdienst des Generalsekretariates des Departementes des Innern im Kanton St. Gallen tätig gewesen.

Wie jedes Jahr werden die grundsätzlichen Entscheide in der separaten Reihe TVR publiziert. Diese Publikation erscheint zu einem späteren Zeitpunkt und ist dann - ebenso wie dieser Rechenschaftsbericht - auch über Internet (www.verwaltungsgericht.tg.ch) abrufbar.

Verwaltungsgericht

Die Zahl der Neueingänge im Bereich des allgemeinen Verwaltungsrechts erhöhte sich markant von 175 im Vorjahr auf 228. Die Zahl der Ende Jahr pendenten Verfahren erhöhte sich von 73 (2018) auf 119 (2019).

Die Zahl der Erledigungen betrug 182 (Vorjahr 182) Fälle. Ende 2019 waren 119 Pendenzen (Vorjahr 73) zu verzeichnen, davon 1 aus dem Jahre 2015 (sistiert), 2 (davon 1 sistiert) aus dem Jahr 2017 und 4 aus dem Jahr 2018.

Bezogen auf die einzelnen Sachgebiete im allgemeinen Verwaltungsrecht ergaben sich gegenüber dem Vorjahr verschiedene Veränderungen. So reduzierten sich die Eingänge im Ausländerrecht von 38 auf 30; sie liegen aber immer noch massiv über 2017 mit lediglich 17 Neueingängen. Im Bereich

Steuern erhöhten sich die Eingänge wieder leicht von 17 im Vorjahr auf 20. Unveränderte Zahlen ergaben sich im Bereich Gebühren und Beiträge (2 Neueingänge). Im Bereich Bau resultierten 44 Neueingänge gegenüber 29 im Vorjahr. Hier ergaben sich zahlreiche Neueingänge, da verschiedene Gemeinden aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben ihre Zonenpläne, aber auch ihre Schutzpläne, überarbeitet haben. Im Bereich Umweltrecht waren 3 neue Beschwerdeverfahren gegenüber 2 im Vorjahr zu verzeichnen. Im Submissionsbereich waren die Neueingänge mit 9 Verfahren fast gleich hoch wie im Vorjahr mit 8 Verfahren. Im Sozialhilfereich gab es nochmals eine Zunahme von 18 Verfahren im Vorjahr auf 23 Verfahren; 2017 waren noch lediglich 8 Verfahren anhängig gemacht worden. Bei den Verkehrsanordnungen gab es eine Zunahme von 9 Verfahren 2018 auf 14 Verfahren. Auch die Beschwerden betreffend Administrativmassnahmen nahmen mit 14 Neueingängen gegenüber 8 im Vorjahr zu. Die Neueingänge in der Rubrik „Tierschutz“ reduzierten sich von 7 im Vorjahr auf 4. Im Sachgebiet „Strafgesetz“ reduzierten sich die Eingänge leicht von 7 im Jahr 2018 auf 6.

Bei den Klagen gab es wie im Vorjahr ein neues Verfahren betreffend Konzession. In diesem Bereich stellt sich häufig die Frage, ob das Klageverfahren oder das Beschwerdeverfahren zur Anwendung zu gelangen hat. Um für die Rechtsuchenden wie auch für die Gemeinden eine transparente Situation zu schaffen, sollte im Rahmen der laufenden Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes in Betracht gezogen werden, alles, was mit Rechtsstreitigkeiten in Zusammenhang mit Konzessionen zu tun hat, auch einheitlich - entweder alles im Rekurs- und Beschwerdeverfahren oder alles im Klageverfahren - zu regeln. Die bestehende Doppelspurigkeit sollte jedoch beseitigt werden.

Die Eingänge an Klagen im Bereich der Verantwortlichkeit stiegen von 2 im Vorjahr auf 5.

Die ausländerrechtlichen Haftüberprüfungsverfahren haben sich markant von 6 auf 20 erhöht. Damit hat sich die Änderung des Asylgesetzes mit der Einrichtung eines Bundesasylzentrums ohne Verfahrensfunktion (BaZoV) im Kanton Thurgau seit 1. März 2019 wohl bereits teilweise ausgewirkt, worauf schon im letztjährigen Rechenschaftsbericht hingewiesen wurde. Diese Verfahren werden nun seit 1. Januar 2020 erstinstanzlich vom Zwangsmassnahmengericht behandelt.

29 (Vorjahr 39) Entscheide im Bereich Verwaltungsrecht wurden 2019 an das Bundesgericht weitergezogen (vgl. die entsprechende Tabelle auf S. 17). Gleichzeitig fällte das Bundesgericht in 26 (im Vorjahr 46) Verfahren einen Entscheid. Im Berichtsjahr erledigte das Bundesgericht 14 (im Vorjahr 27) Beschwerden durch Abweisung, 10 (im Vorjahr 12) durch Nichteintreten, 0 (im Vorjahr 4) durch vollständige und 2 (im Vorjahr 3) durch teilweise Gutheissung. 20 (im Vorjahr 17) Beschwerden, wovon 2 aus dem Jahre 2018 und 18 aus dem Berichtsjahr stammen, waren Ende Jahr beim Bundesgericht noch pendent.

Verwaltungsgericht als Versicherungsgericht

Das Verwaltungsgericht als Versicherungsgericht hatte im Berichtsjahr 309 Neueingänge und somit 19 weniger als im Vorjahr (328) zu verzeichnen. 284 (im Vorjahr 334) Fälle wurden erledigt. Die Zahl der Ende Jahr pendenten Verfahren nahm von 169 (2018) auf 194 (2019) zu. Von diesen Pendenzen stammen eine aus dem Jahr 2016 (sistiert), 3 (1 sistiert) aus dem Jahr 2017 und 19 aus dem Jahr 2018.

Im Bereich der Invalidenversicherung hat sich der Eingang der Beschwerdeverfahren nochmals auf 139 (2018: 172, 2017: 179; 2016: 193 und 2015: 219) zurückgebildet. Im Sachgebiet der Unfallversicherung hat sich der stetige Anstieg der Beschwerdeingänge auf hohem Niveau mit 60 Neueingängen stabilisiert (2014: 45, 2015: 51, 2016: 54, 2017: 57, 2018: 61). Sowohl im Bereiche der Invalidenversicherung wie auch der Unfallversicherung hat sich jedoch der Aufwand für die einzelnen Beschwerdeverfahren erhöht, da aufgrund der Vorgaben der bundesgerichtlichen Rechtsprechung häufig Rückfragen erfolgen müssen oder weil den Parteien vor weiteren Verfahrensschritten das rechtliche Gehör zu gewähren ist. Zunehmend erforderliche Rückfragen an Gutachter in diesen Sachgebieten oder das Einholen von Gerichtsgutachten stellen Verfahrensschritte dar, die jeweils mit erheblichem Zeit- und Sachaufwand verbunden sind. Die Anzahl Neueingänge im Sachgebiet der Ergänzungsleistungen reduzierte sich von 31 auf 24. Die Eingänge in den Verfahren in Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung nahmen von 27 im Vorjahr auf 38 doch erheblich zu. Der Rückgang im Jahr 2018 auf 27 Neueingänge gegenüber 36 im Jahr 2017 war somit nur vorübergehend. Die Beschwerden in den Bereichen AHV, EO, FAK nahmen von 14 im Jahr

2018 auf 13 im Berichtsjahr leicht ab und jene im Bereich KVG von 11 im Jahr 2018 auf 12 im Jahr 2019 leicht zu.

Nebst den Beschwerdeverfahren gingen auch 20 (im Vorjahr 11) neue Klagen ein, davon 5 (im Vorjahr 4) betreffend berufliche Vorsorge, 9 im Bereich KVG (im Vorjahr 5) und 6 (im Vorjahr 2) im Bereich der Zusatzversicherung zur Krankenversicherung (VVG). Bei den 9 Klagen im Bereich KVG, wo für die Bestellung des kantonalen Schiedsgerichts gemäss Art. 89 KVG nebst dem Verwaltungsgericht als kantonales Versicherungsgericht noch Schiedsrichter beizuziehen sind, geht es um Klagen gemäss Art. 59 KVG wegen Verletzung der Anforderungen bezüglich Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen. 4 dieser 9 Klagen sind jedoch bis zum Abschluss von Vergleichsgesprächen bzw. des Schlichtungsverfahrens vor der paritätischen Vertrauenskommission (PVK) sistiert. Bei den häufig relativ aufwendigen Klagen aus VVG ist mit 6 Klageeingängen im Vergleich zu den Vorjahren mit jeweils 1 bis maximal 3 Klageeingängen eine deutliche Steigerung zu verzeichnen.

2019 wurden 42 Entscheide des Verwaltungsgerichts als Versicherungsgericht an das Bundesgericht weitergezogen - genau gleich viel wie im Vorjahr (vgl. die entsprechende Tabelle auf S. 18). Das Bundesgericht erledigte 2019 insgesamt 47 (im Vorjahr 43) Beschwerden, davon 10 (im Vorjahr 7) durch Nichteintreten, 30 (im Vorjahr 25) durch Abweisung, 3 (im Vorjahr 2) durch vollständige und 4 (im Vorjahr 9) durch teilweise Gutheissung. 10 (im Vorjahr 15) Beschwerden (alle aus dem Berichtsjahr) blieben am Jahresende pendent.

2. Gerichtstätigkeit

2.1. Verwaltungsgericht

Geschäftsgang nach Sachgebieten

	Übertrag Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Beschwerden					
- Ausländerrecht	15	30	45	26	19
- Bau	19	44	63	25	38
- Bodenrecht	0	1	1	1	0
- Gebäudeversicherung	1	2	3	1	2
- Gebühren und Beiträge	0	2	2	0	2
- Gewerbebewilligungen	0	6	6	4	2
- Personalrecht	0	3	3	2	1
- Schulwesen	3	6	9	4	5
- Sozialhilfe	5	23	28	17	11
- Sozialversicherung	0	1	1	0	1
- Steuern	5	20	25	15	10
- Stimmrecht	0	2	2	2	0
- Strafgesetz	3	6	9	6	3
- Submissionen	3	9	12	10	2
- SVG Administrativmassnahmen	3	14	17	13	4
- SVG Verkehrsanordnungen	4	14	18	14	4
- Tierschutz	7	4	11	5	6
- Umweltrecht	1	3	4	2	2
- Diverse Beschwerden	3	9	12	9	3
Total Beschwerden 2019	72	199	271	156	115
<i>Total Beschwerden 2018</i>	<i>76</i>	<i>164</i>	<i>240</i>	<i>168</i>	<i>72</i>
<i>Total Beschwerden 2017</i>	<i>78</i>	<i>183</i>	<i>261</i>	<i>185</i>	<i>76</i>

	Übertrag Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Klagen					
- Konzession	0	1	1	1	0
- Verantwortlichkeit	1	5	6	3	3
Vollstreckung	0	3	3	2	1
Haftüberprüfungen	0	20	20	20	0
Gesamttotal 2019	73	228	301	182	119*
Gesamttotal 2018	80	175	255	182	73
Gesamttotal 2017	80	195	275	195	80

* von den 119 Pendenzen stammen 1 (sistiert) aus dem Jahr 2015, 2 (1 sistiert) aus dem Jahr 2017 und 4 aus dem Jahr 2018.

Die Herkunft der Beschwerdefälle zeigt die folgende Übersicht der Vorinstanzen

	2019	2018	2017
Regierungsrat	0	1	0
Departement für Inneres und Volkswirtschaft	4	5	8
Departement für Erziehung und Kultur	10	7	4
Departement für Justiz und Sicherheit	41	52	28
Departement für Bau und Umwelt	59	40	64
Departement für Finanzen und Soziales	34	23	16
Steuerrekurskommission	20	16	37
Rekurskommission für die Gebäudeversicherung	2	1	0
Rekurskommission für Strassenverkehrssachen	14	9	9
Rekurskommission für Landwirtschaftssachen	1	0	0
Enteignungskommission	0	0	0
Personalrekurskommission	3	1	3
Diverse und Gemeinden	11	9	14
Total	199	164	183

Art der Erledigung

	Erledigungen durch Entscheid						
	Gesamtzahl	durch Abschreibung	Anzahl	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
Beschwerden							
- Ausländerrecht	26	4	22	0	12	5	5
- Bau	25	7	18	0	13	5	0
- Bodenrecht	1	1	0	0	0	0	0
- Gebäudeversicherung	1	0	1	0	0	1	0
- Gewerbebewilligung	4	1	3	0	2	0	1
- Personalrecht	2	0	2	1	1	0	0
- Schulwesen	4	2	2	0	1	0	1
- Sozialhilfe	17	1	16	0	10	1	5
- Steuern	15	4	11	2	9	0	0
- Stimmrecht	2	0	2	0	1	0	1
- Strafgesetz	6	1	5	2	2	0	1
- Submission	10	6	4	1	1	1	1
- SVG Administrativmassn.	13	2	11	6	3	1	1
- SVG Verkehrsanordnungen	14	8	6	2	3	1	0
- Tierschutz	5	1	4	0	2	0	2
- Umweltrecht	2	1	1	0	1	0	0
- Diverse Beschwerden	9	1	8	0	6	2	0
Total 2019	156	40	116	14	67	17	18
Total 2018	168	19	149	22	84	23	20
Total 2017	185	31	154	33	84	22	15

	Erledigungen durch Entscheid						
	Gesamtzahl	durch Abschreibung	Anzahl	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
Klagen							
- Konzession	1	0	1	0	1	0	0
- Verantwortlichkeit	3	1	2	2	0	0	0
<i>Vollstreckung</i>	2	0	2	0	2	0	0
<i>Haftüberprüfungen</i>	20	0	20	0	2	18	0
Gesamttotal 2019	182	41	141	16	72	35	18
Gesamttotal 2018	182	23	159	24	88	27	20
Gesamttotal 2017	195	33	162	35	86	26	15

2.2. Versicherungsgericht

Geschäftsgang nach Sachgebieten

	Übertrag Vorjahr	Eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Beschwerden					
- KVG	7	12	19	9	10
- UVG	49	60	109	54	55
- MVG	0	2	2	2	0
- AHV, EO, FAK	7	13	20	14	6
- IV	75	139	214	150	64
- EL	12	24	36	20	16
- ALV	7	38	45	26	19
Total Beschwerden 2019	157	288	445	275	170
Total Beschwerden 2018	166	314	480	323	157
Total Beschwerden 2017	157	350	507	341	166
Klagen					
- BVG	5	5	10	6	4
- KVG	5	9	14	1	13
Streitigkeiten					
- VVG	2	6	8	2	6
Revisionsbegehren					
	0	1	1	0	1
Gesamttotal 2019	169	309	478	284	194*
Gesamttotal 2018	175	328	503	334	169
Gesamttotal 2017	167	360	527	352	175

* von den 194 Pendenzen stammen 1 (sistiert) aus dem Jahr 2016, 3 (1 sistiert) aus dem Jahr 2017 und 19 aus dem Jahr 2018.

Art der Erledigung

	Erledigungen durch Entscheid						
	Gesamtzahl	durch Abschreibung	Anzahl	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung*
Beschwerden							
- KVG	9	2	7	0	6	1	0
- UVG	54	2	52	4	29	1	18
- MVG	2	0	2	0	2	0	0
- AHV / EO / FAK	14	2	12	1	6	2	3
- IV	150	15	135	5	69	11	50
- EL	20	2	18	1	12	2	3
- ALV	26	2	24	2	17	1	4
Total 2019	275	25	250	13	141	18	78
Total 2018	323	22	301	20	178	18	85
Total 2017	341	20	321	12	211	13	85
Klagen							
- BVG	6	1	5	0	2	2	1
- KVG	1	0	1	0	0	1	0
Streitigkeiten							
- VVG	2	1	1	0	1	0	0
Revisionsbegehren							
	0	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal 2019	284	27	257	13	144	21	79
Gesamttotal 2018	334	23	311	24	179	20	88
Gesamttotal 2017	352	24	328	12	217	13	86

* inkl. Rückweisungen

2.3. Abschreibungen

VERWALTUNGSGERICHT

Von den 41 Abschreibungen ergingen:

22	infolge Rückzugs
17	infolge Gegenstandslosigkeit
1	infolge Anerkennung
0	infolge Wiedererwägung
<u>1</u>	<u>infolge Vergleichs</u>
<u>41</u>	Total

VERSICHERUNGSGERICHT

Von den 27 Abschreibungen ergingen:

19	infolge Rückzugs
5	infolge Gegenstandslosigkeit
2	infolge Anerkennung
0	infolge Wiedererwägung
<u>1</u>	<u>infolge Vergleichs</u>
<u>27</u>	Total

2.4. Weiterzüge Entscheide Verwaltungsgericht

Anfang 2019 waren beim Bundesgericht noch 17 Beschwerden pendent.

29 Entscheide des Verwaltungsgerichts wurden 2019 an das Bundesgericht weitergezogen.

20 Beschwerden blieben am Jahresende 2019 pendent.

Die vom Bundesgericht behandelten Beschwerden stammen aus folgenden Sachgebieten:

	Weiterzüge	Urteile ergangen	Erledigungen			
			Abweisung	Abschr. / Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
<i>Beschwerden</i>						
- Ausländerrecht	8	5	2	3	0	0
- Bau	5	6	5	1	0	0
- Gewerbebewilligung	1	0	0	0	0	0
- Sozialhilfe	2	2	1	1	0	0
- Steuern	3	4	3	1	0	0
- Strafgesetz	2	2	0	0	0	2
- SVG Administrativmassn.	4	3	1	2	0	0
- Tierschutz	1	1	1	0	0	0
- Umwelt	1	1	0	1	0	0
- Beschwerden Diverse	2	2	1	1	0	0
<i>Klagen</i>	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal 2019	29	26	14	10	0	2
Gesamttotal 2018	39	46	27	12	4	3
Gesamttotal 2017	63	51	28	18	4	1

2.5. Weiterzüge Entscheide Versicherungsgericht

Anfang 2019 waren beim Bundesgericht noch 15 Beschwerden pendent.

42 Entscheide des Versicherungsgerichts wurden 2019 an das Bundesgericht weitergezogen.

10 Beschwerden blieben am Jahresende 2019 pendent.

Die vom Bundesgericht behandelten Beschwerden stammen aus folgenden Sachgebieten:

	Weiterzüge	Urteile ergangen	Erledigungen			
			Abweisung	Abschr. / Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
<i>Beschwerden</i>						
- KVG	5	2	1	1	0	0
- UVG	6	7	5	1	1	0
- MVG	1	1	0	1	0	0
- AHV / EO / FAK	3	1	0	1	0	0
- IV	20	28	21	3	1	3
- EL	3	4	1	1	1	1
- ALV	3	3	2	1	0	0
<i>Klagen</i>						
- BVG (Klage)	0	0	0	0	0	0
- KVG (Klage)	0	0	0	0	0	0
<i>Revisionsbegehren</i>	1	1	0	1	0	0
Gesamttotal 2019	42	47	30	10	3	4
Gesamttotal 2018	42	43	25	7	2	9
Gesamttotal 2017	39	36	19	11	4	2

3. Aufsicht

Im Rahmen der administrativen Aufsicht über die unteren Instanzen der externen Verwaltungsrechtspflege fand die jährliche Konferenz mit den Präsidentinnen und Präsidenten der Rekurskommissionen und der Enteignungskommission statt. Nebst den üblichen Geschäften informierte Frau Tanja Strahm vom Personalamt über personalrechtliche Fragen. Aus aufsichtsrechtlicher Sicht sind für dieses Jahr keine besonderen Bemerkungen anzubringen.

4. Besetzung / Personelles

4.1. Besetzung des Gerichts (Stand 31. Dezember 2019)

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2008	Richard Weber, lic. iur., Rechtsanwalt	1959
Vizepräsident:	2004	Marc Stähli, Dr. iur., Rechtsanwalt	1965
Mitglieder:	2010	Michael Alde, lic. iur., Rechtsanwalt	1969
	2004	Danilo Cematide, lic. iur.	1960
	2008	Simon Krauter, lic. iur., Rechtsanwalt	1976
	2019	Madeleine Randacher, Dr. iur., Rechtsanwältin	1971
	1989	Rita Wenger-Lenherr, lic. iur., Rechtsanwältin	1958

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Ersatzmitglieder:	2010	Ruth Faller Graf, lic. iur., Rechtsanwältin	1969
	2015	René Hunziker, lic. iur., Rechtsanwalt	1971
	1992	Jürg Schlatter, lic. iur., Rechtsanwalt	1956
Leitender Gerichtsschreiber:	1998	Jörg Zehnder, lic. iur., Rechtsanwalt	1965
Gerichtsschreiberinnen/ Gerichtsschreiber:	2011	Andrea Keller, lic. iur., Rechtsanwältin	1978
	2008	Jürg Laager, lic. iur., Rechtsanwalt	1968
	2010	Monika Linder, lic. iur., Rechtsanwältin	1972
	2019	Katharina Meienberg, Mag. jur., Rechtsanwältin	1991
	2019	Marina Schächtle, MLaw, Rechtsanwältin	1985

4.2. Personelles

Auf die personellen Veränderungen wurde schon auf Seiten 6 und 7 hingewiesen.

Die Beurteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgte nach den kantonalen Richtlinien.

B. Untere externe Instanzen

1. Tätigkeit

1.1. Steuerrekurskommission

Zu Beginn des Jahres 2019 waren bei der Steuerrekurskommission gemäss Rechenschaftsbericht des Jahres 2018 128 Rekurse/Beschwerden pendent. Im Berichtsjahr wurden 226 (Vorjahr 231) Rekurse/Beschwerden anhängig gemacht. Von diesen insgesamt 354 Geschäften hat die Steuerrekurskommission im Jahr 2019 238 (Vorjahr 238) Entscheide eröffnet.

Am Ende des Berichtsjahres sind somit 116 Rekurse/Beschwerden pendent (Vorjahr 128). Davon stammen 20 Verfahren (sistiert, betrifft eine einzige Partei) aus dem Jahr 2016, 1 Fall aus dem Jahr 2017 und 7 Fälle aus dem Jahr 2018.

Im Berichtsjahr führte die Steuerrekurskommission drei Sitzungen durch. Dabei wurden insgesamt 14 Rekurse/Beschwerden behandelt.

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichts- jahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Staats- und Gemeindesteuern (inkl. Quellensteuern)	48	99	147	105	42
Kapital- und Liquidationsgewinn- steuern	2	2	4	4	0
Liegenschaftenschätzung	2	8	10	9	1
Handänderungssteuern	2	0	2	2	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0	0	0	0	0
Nach- und Strafsteuern	20	2	22	0	22
Direkte Bundessteuer	42	89	131	93	38
Verrechnungssteuern	2	0	2	1	1
Militärpflichtersatz	0	0	0	0	0
Ordnungsbussen	3	4	7	6	1
Grundstückgewinnsteuern	3	1	4	2	2
Liegenschaftensteuern	0	0	0	0	0
Steuerrechnungen	0	8	8	5	3
Steuererlass	4	13	17	11	6
Mehrwertabgabe	0	0	0	0	0
Total 2019	128	226	354	238	116
Total 2018	135	231	366	238	128
Total 2017	220	299	519	384	135

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Abschreibungen				Durch Entscheid erledigt				
	Gesamtzahl	Anzahl	Abschreibungsgrund		Inhalt der Entscheide				
			Rückzug	Anerkennung	Anzahl	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
Staats- und Gemeindesteuern (inkl. Quellensteuern)	105	49	39	10	56	13	33	8	2
Kapital- und Liquidationsgewinnsteuern	4	2	2	0	2	0	2	0	0
Liegenschaftenschätzung	9	4	3	1	5	0	3	1	1
Handänderungssteuern	2	0	0	0	2	0	2	0	0
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nach- und Strafsteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Direkte Bundessteuer	93	46	36	10	47	10	28	6	3
Verrechnungssteuern	1	0	0	0	1	0	1	0	0
Militärpflichtersatz	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ordnungsbussen	6	3	3	0	3	1	2	0	0
Grundstückgewinnsteuern	2	0	0	0	2	0	2	0	0
Liegenschaftssteuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Steuerrechnungen	5	4	2	2	1	1	0	0	0
Steuererlass und Sicherstellungsverfügung	11	0	0	0	11	2	7	2	0
Mehrwertabgabe	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Total 2019	238	108	85	23	130	27	80	17	6
Total 2018	238	106	86	20	132	35	76	9	12
Total 2017	384	145	128	17	239	60	131	18	30

Pendenzen

Pendenzen Ende Vorjahr (31.12.2018)	128
Im Berichtsjahr 2019 eingegangen	226
Total	354
Erledigte Fälle 2019	238
Pendenzen Ende 2019	116

1.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung

Die Rekurskommission für die Gebäudeversicherung hielt im Jahre 2019 4 Sitzungen ab (im Vorjahr 2). Die Anzahl der Rekurse bewegte sich im Rahmen der Vorjahre. Von den 17 erledigten Rekursen konnten 14 zufolge Rückzugs / Gegenstandslosigkeit abgeschrieben werden und 3 Rekurse wurden abgewiesen.

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichtsjahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Schadenvergütung	8	9	17	12	5
Gebäudeschätzung	1	2	3	2	1
Deckungsausschluss	1	0	1	1	0
Prämienrechnung	0	2	2	2	0
Total 2019	10	13	23	17	6
Total 2018	8	17	25	15	10
Total 2017	2	14	16	8	8

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Abschreibungen				Durch Entscheid erledigt				
	Gesamtzahl	Anzahl	Abschreibungsgrund		Anzahl	Inhalt der Entscheide			
			Rückzug/ Gegenstandslos	Wiedererwägung		Nicht-eintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
Schadenvergütung	12	9	9	0	3	0	3	0	0
Gebäudeschätzung	2	2	2	0	0	0	0	0	0
Deckungsausschluss	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Prämienrechnung	2	2	2	0	0	0	0	0	0
Total 2019	17	14	14	0	3	0	3	0	0
Total 2018	15	13	13	0	2	0	1	1	0
Total 2017	8	8	8	0	0	0	0	0	0

Pendenzen per 31. Dezember 2019: 6

1.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2019 waren bei der Rekurskommission für Strassenverkehrssachen 15 Rekurse pendent (2018: 10; 2017: 8), wobei im Berichtsjahr 2019 73 Geschäfte (2018: 115 Rekurse; 2017: 94 Rekurse) neu anhängig gemacht worden sind. Von diesen insgesamt 88 Geschäften (2018: 125; 2017: 102) wurden im Berichtsjahr 83 (2018: 110; 2017: 92) erledigt, sodass am Ende des Berichtsjahres noch 5 Rekurse (2018: 15; 2017: 10) pendent geblieben sind.

Die Rekurskommission für Strassenverkehrssachen des Kantons Thurgau ist im Berichtsjahr 2019 zu 10 Sitzungen zusammengekommen, wobei in einem Fall eine öffentliche und mündliche Verhandlung durchgeführt wurde. Bezogen auf die eingegangenen Fälle ist auf keine Besonderheiten zu verweisen. Demgegenüber fällt im Berichtsjahr auf, dass bei mehr als der Hälfte der Rekurse Fragen im Zusammenhang mit der Fahreignung abgeklärt werden mussten. Die Rekurse im Zusammenhang mit Sicherungsentzügen und der Abklärung der Fahreignung und der Fahrkompetenz haben damit in den letzten Jahren erheblich zugenommen, während Warnungsentzugsverfahren wegen Widerhandlung gegen die Strassenverkehrsgesetzgebung erheblich abgenommen haben. So sind im Berichtsjahr lediglich noch 8 Rekurse gegen Warnungsentzüge eingegangen. Erneut wird darauf hingewiesen, dass Verfahren im Zusammenhang mit Fahreignungsabklärungen zeitaufwendiger sind und in der Regel länger dauern.

Mit Bezug auf den aktuellen Rückgang bei den Rekurseingängen ist darauf hinzuweisen, dass Fluktuationen in Rekursachen nicht unüblich sind und bereits früher festgestellt werden konnten. So musste im Berichtsjahr 2014 ebenfalls ein Rückgang auf 78 Rekurseingänge verzeichnet werden. Ein möglicher Grund für den Rückgang besteht unter anderem darin, dass auch die Vorinstanz im Berichtsjahr weniger Verfügungen erlassen hat. Weitergehende Abklärungen haben sodann ergeben, dass beim Strassenverkehrsamt im Berichtsjahr auch deutlich weniger Polizeirapporte eingegangen seien.

Im Geschäftsjahr 2019 sind zusätzlich 12 Begehren um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege eingereicht worden, wobei 4 Gesuche bewilligt, 5 Gesuche abgewiesen und 3 Gesuche als gegenstandslos abgeschrieben worden sind.

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	eingegangene Rekurse	Total	Erledigt	Pendent
Auflagen im Führerausweis	0	3	3	3	0
Verwarnungen	0	6	6	6	0
Warnungsentzüge	3	8	11	10	1
Sicherungsentzüge	6	25	31	29	2
Kontrollschilderentzüge	0	9	9	9	0
Führerausweis auf Probe / Annullierung des Führerausweises	0	1	1	1	0
Aberkennung ausländischer Ausweise	3	3	6	6	0
Abklärung Fahreignung, Fahrkompetenz / Diverses	3	16	19	17	2
Revisionsgesuche	0	2	2	2	0
Total 2019	15	73	88	83	5
Total 2018	10	115	125	110	15
Total 2017	8	94	102	92	10

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Abschreibungen			Durch Entscheid erledigt				
	Gesamtzahl	Wiedererwägung	Rückzüge	andere Gründe	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilweise Gutheissung
Auflagen im Führerausweis	3	0	1	0	0	1	0	1
Verwarnungen	6	0	1	0	2	2	1	0
Warnungsentzüge	10	0	1	0	0	7	1	1
Sicherungsentzüge	29	0	4	2	5	15	0	3
Kontrollschilderentzüge	9	1	2	0	0	6	0	0
FüA Probe / Annullierung des FüA	1	0	0	0	0	1	0	0
Aberkennung ausländischer Ausweise	6	1	0	0	2	3	0	0
Abklärung Fahreignung / Fahrkompetenz	17	0	2	0	3	10	2	0
Revisionsgesuche	2	1	1	0	0	0	0	0
Total 2019	83	3	12	2	12	45	4	5
Total 2018	110	1	26	2	21	37	19	4
Total 2017	92	3	15	2	18	44	1	9

1.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichtsjahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Bäuerliches Bodenrecht	4	6	10	6	4
Total 2019	4	6	10	6	4
Total 2018	0	4	4	0	4
Total 2017	2	2	4	4	0

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	E r l e d i g u n g e n d u r c h E n t s c h e i d				
			Anzahl	Nichtein- treten	Abweisung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Güterzusammenlegungen	0	0	0	0	0	0	0
Investitionskredite	0	0	0	0	0	0	0
Bäuerliches Bodenrecht	6	4	2	1	1	0	0
LPG	0	0	0	0	0	0	0
Milchwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0
Total 2019	6	4	2	1	1	0	0
Total 2018	0	0	0	0	0	0	0
Total 2017	4	0	4	0	2	2	0

1.5. Enteignungskommission

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Im Berichtsjahr eingegangen	Total	Erledigt	Pendent
Materielle Enteignung	2	0	2	0	2
Formelle Enteignung	2	0	2	0	2
Höhe Entschädigung (GP)	0	0	0	0	0
Total 2019	4	0	4	0	4
Total 2018	3	3	6	2	4
Total 2017	2	2	4	1	3

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	E r l e d i g u n g e n d u r c h E n t s c h e i d				
			Anzahl	Nichtein- treten	Abweis- ung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Materielle Enteignung	0	0	0	0	0	0	0
Formelle Enteignung	0	0	0	0	0	0	0
Höhe Entschädigung (GP)	0	0	0	0	0	0	0
Total 2019	0	0	0	0	0	0	0
Total 2018	2	2	0	0	0	0	0
Total 2017	1	1	0	0	0	0	0

1.6. Personalrekurskommission

Geschäftsgang nach Sachgebieten

Rekursgegenstand	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Total	Erledigt	Pendent
Beendigung Dienstverhältnis	5	8	13	12	1
Besoldung/Einstufung/Pensum	1	1	2	2	0
Sozialzulagen	0	0	0	0	0
Lehr-/Ausbildungsverhältnisse	0	0	0	0	0
Diverse	1	16	17	14	3
Total 2019	7	25	32	28	4
Total 2018	8	21	29	22	7
Total 2017	9	16	25	17	8

Art der Erledigung

Rekursgegenstand	Gesamt- zahl	durch Ab- schreibung	Erledigungen durch Entscheid				
			Anzahl	Nichtein- treten	Abweis- ung	Gut- heissung	Teilweise Gutheissung
Beendigung Dienstverhältnis	12	3	9	1	2	3	3
Besoldung/Einstufung/Pensum	2	1	1	0	1	0	0
Sozialzulagen	0	0	0	0	0	0	0
Lehr-/Ausbildungsverhältnisse	0	0	0	0	0	0	0
Diverse	14	7	7	1	3	3	0
Total 2019	28	11	17	2	6	6	3
Total 2018	22	12	10	2	4	1	3
Total 2017	17	3	14	5	2	3	4

Herkunft der erledigten Rekursfälle / Übersicht der Vorinstanzen

	2019	2018	2017
Kantonale Amtsstellen	11	2	5
Departemente / Staatskanzlei	1	0	0
Bezirksgerichte	0	1	0
Politische Gemeinden	3	5	6
Schulgemeinden	8	8	6
Höhere Schulen	4	6	0
Diverse	1	0	0
Total	28	22	17

2. Besetzung (Stand 31. Dezember 2019)

2.1. Steuerrekurskommission

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsidentin:	1996	Thür Brechbühl Suzanne, lic. iur., Rechtsanwältin	1962
Vizepräsident:	2012	Ruchet Marcel, dipl. Steuerexperte	1976
Mitglieder:	2015	Badertscher Heinz, dipl. Steuerexperte	1966
	2006	Hess Jürg, Landwirt	1965
	2008	Pedrazzini Federico, lic. iur., Rechtsanwalt	1970
Ersatzmitglieder:	2010	Canal Renato, lic. iur.	1959
	2016	Friedrich Gerd, dipl. Steuerexperte	1958
	2012	Thalmann Markus, Gemeindepräsident	1957
Gerichtsschreiberinnen:		Ackermann-Bächinger Stefanie, lic. iur. oec., Rechtsanwältin	1982
		Zingre Kläusli Yvonne, lic. iur. Rechtsanwältin	1970
Gerichtsschreiber:		Baumann Stefan, MLaw	1987

2.2. Rekurskommission für die Gebäudeversicherung

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2008	Nater Lukas, lic. iur., Rechtsanwalt	1959
Mitglieder:	2000	Bärlocher Elsi, Geschäftsführerin	1953
	2012	Fischer Konradin, dipl. Bauingenieur ETH/SIA	1961
	1993	Häfliger Peter, dipl. Baumeister	1952
	2012	Huber Cyrill, Bauführer/Bauleiter	1963
Gerichtsschreiber:		Kumschick Dominik, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt	1970

2.3. Rekurskommission für Strassenverkehrssachen

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	1996	Friedrich Urban, lic. iur., Rechtsanwalt	1955
Vizepräsident:	2006	Vidale Marco, dipl. Bauingenieur	1953
Mitglied:	2013	Müller Hugo, Fahrlehrer	1959
Ersatzmitglieder:	2016	Klein Christa	1967
	2016	Meyer Schuster Danielle, lic. iur., Rechtsanwältin	1973
Gerichtsschreiber:		Canal Renato, lic. iur.	1959

2.4. Rekurskommission für Landwirtschaftssachen

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2004	Dünner Peter, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt	1967
Mitglieder:	2012	Haab Andreas, Landwirt	1955
	1996	Henauer-Labhart Kurt, Landwirt	1958
	2008	Meyer Andreas, Landwirt	1961
	2004	Möckli-Keller Gustav, Landwirt	1955
Ersatzmitglieder:	2012	Hess Jürg, Landwirt	1965
	2012	Marti Ueli, Landwirt	1981
Gerichtsschreiber:		Müller Dorian, lic. iur., Rechtsanwalt	1983

2.5. Enteignungskommission

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsident:	2016	Dünner Peter, lic. iur. HSG, Rechtsanwalt	1967
Mitglieder:	2012	Büchel Peter, Architekt HTL	1968
	2008	Eberle Benedikt, dipl. Bauingenieur FH	1961
	2012	Haab Andreas, Landwirt	1955
	2016	Wirz-Huber Franziska, akkreditierte Schätzungsexpertin	1977
Ersatzmitglieder:	2004	Affolter Hansjörg, dipl. Architekt ETH/SIA	1948
	1996	Christen Paul, Landwirt	1952
Gerichtsschreiber:		Müller Dorian, lic. iur., Rechtsanwalt	1983

2.6. Personalrekurskommission

	<i>Amtsantritt</i>		<i>Geburtsjahr</i>
Präsidentin:	2016	Zahnd-Rossi Fabienne, M.A. HSG, Rechtsanwältin, Leitende Gerichtsschreiberin	1984
Vizepräsidentin:	2004	Walt Margrit, lic. iur., Leiterin Rechtsdienst a.D.	1955
Mitglieder:	2004	Dahinden Regula, Schulpflegerin	1963
	2004	Wettstein Aurelio, Personalchef a.D.	1949
Ersatzmitglieder:	2008	Schenkel Jürg, Schulpräsident a.D.	1952
	2004	Thalmann Markus, Gemeindepräsident	1957
Gerichtsschreiber:		Birguel Ahmet, M.A. HSG, Rechtsanwalt, Gerichtsschreiber	1981